

14.22

Bundesrat Martin Weber (SPÖ, Steiermark): Werter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner heutigen Rede möchte ich nochmals und wiederholt allen Einsatzkräften für ihre hervorragende und erstklassige Arbeit im letzten Herbst, im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik herzlich danken. Was unsere Einsatzkräfte der Polizei, der Rettung, des Roten Kreuzes, aber auch des Samariter-Bundes und so weiter und so weiter, und natürlich allen voran unser österreichisches Bundesheer, im burgenländischen Nickelsdorf, in Spielfeld oder in Bad Radkersburg geleistet haben, dem gebührt unser aller Respekt und besonderer Dank. *(Allgemeiner Beifall.)*

Lieber Herr Kollege Werner Herbert, wenn Sie Ihr gezeigtes oder gespielteres Mitgefühl mit der Polizei (*Bundesrat Herbert: Ehrliches Mitgefühl, ich bin seit 40 Jahren Polizist!*), mit der Exekutive wirklich ernst meinen würden, dann würden Sie auch einmal zustimmen, wenn es wirklich um die Polizei und um die Exekutive geht, zum Beispiel beim Staatsschutzgesetz. Da waren Sie weit weg davon.

Was die staatlichen Organisationen, ja die gesamte Republik Österreich hier geleistet hat, sollte eigentlich normalerweise beispielgebend für ganz Europa sein, ist es aber leider nicht – ich komme dazu später noch einmal. Wenn ich in diesem Zusammenhang die ganze Republik nenne, so meine ich damit auch und ganz besonders deren Bürgerinnen und Bürger, die in einer sehr großen Anzahl ehrenamtlich und freiwillig, bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gehend so viel Menschliches, ja fast Übermenschliches geleistet haben.

Diese große Solidargemeinschaft hat entscheidend mitgeholfen und dazu beigetragen, dass dieser große Zustrom an asylsuchenden Menschen bewältigbar blieb. Ich selbst war in meiner südoststeirischen Heimat auf der Grenzbrücke von Bad Radkersburg zu Gornja Radgona – das ist eine geteilte Stadt – und auch in Spielfeld mehrmals dabei, habe mir immer wieder persönlich einen Überblick verschafft, habe mit den Einsatzkräften und den Freiwilligen gesprochen.

Daher weiß ich auch, dass diese große und großartige Solidargemeinschaft bröckelt. Das müssen wir sehen, das müssen wir auch anerkennen, da die Menschen, die Österreicher und Österreicherinnen, Ängste und Befürchtungen haben. Das müssen wir sehen, und diese Ängste müssen wir auch ernst nehmen und nicht weiter schüren, meine lieben Kollegen – in diesem Fall –, und nicht noch anheizen und sich freuen, wenn es wieder ein skandalträchtiges Posting oder eine skandalträchtige Schlagzeile gibt.

Herr Werner Beinhart (*Ruf bei der FPÖ: Herbert!*), die Sicherheitsmilliarde wird dazu beitragen, dass Österreich weiterhin als eines der sichersten Länder der Welt gilt. Wir müssen aber die Fragen beantworten und sehen: Können wir, das kleine Österreich, das alles in Europa beinahe allein – abgesehen von der Bundesrepublik, abgesehen von Schweden – bewältigen? Dazu muss auch gesagt werden, dass die Bundesrepublik leider teilweise mit gezinkten Karten spielt. Frau Vorrednerin, die schwedische Vizekanzlerin war das, glaube ich, die mit Tränen in den Augen eine Verschärfung des schwedischen Asylgesetzes verkündet hat. Das ist meines Wissens eine grüne Kollegin.

Können wir 2016, 2017, 2018 noch einmal so viele Menschen in Österreich aufnehmen wie 2015? Können wir diese Menschen mit Arbeit versorgen? Können wir ihnen Arbeit geben? Können wir ihnen ausreichend Wohnraum zur Verfügung stellen? Können wir in ausreichender Zahl Deutschkurse anbieten? Können wir sie integrieren, ohne dass Ghettos entstehen? – Genau darauf wird gewartet, denn Probleme entstehen in Ghettos, Probleme entstehen in Großraumquartieren, wie zum Beispiel in Leoben. Wenn wir 400 österreichische Jugendliche in einer bauMax-Halle zusammensperren würden, würde es genauso Probleme geben. Diese Schlagzeilen dürfen wir jenen Personen und jenen Parteien nicht liefern, die nur darauf warten. Wo ist das solidarische Europa in dieser wichtigen Frage? Gibt es das überhaupt noch?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist leider so: Wenn wir auf Europa warten würden, könnten wir noch sehr lange warten. Die österreichische Bundesregierung hat sich massiv für eine europäische Lösung eingesetzt, jedoch wurden wir von den meisten europäischen Ländern leider hingengelassen. Meiner Meinung nach könnten oder sollten sich viele europäische Partner nicht mehr in den Spiegel schauen, ohne sich dabei schämen zu müssen.

Österreich wurde von Herrn Ing. Köck heute auch schon als „Traumland“ bezeichnet. Als Transit- und Zielland waren wir daher besonders gefordert, diese gesetzlichen Maßnahmen zu setzen. Wir machen damit auch der deutschen Kanzlerin klar, dass Österreich weder Pufferzone noch das Wartezimmer für Deutschland werden kann.

Ja, dieses Gesetz kann man auch mit der Überschrift „Ordnung und Sicherheit“ versehen, und das ist auch gut so, denn dieses Gesetz ist die Grundlage, damit diese Herausforderung bewältigbar bleibt, damit unsere Sozialsysteme weiterhin finanzierbar bleiben – jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin, jeder, der in einer Kommune tätig ist, kann ein Lied davon singen, wie die Ausgaben in den Sozialhilfeverbänden steigen – und unsere Bildungseinrichtungen, Kindergärten, Schulen nicht kippen.

Selbst unser – Gott sei Dank noch, leider bald nicht mehr – Staatsoberhaupt Dr. Heinz Fischer meinte, Deutschland und Österreich sind an der Grenze der Belastbarkeit. Ich sage dazu: Diese Grenze darf nicht überschritten werden, und dieses Gesetz garantiert dies – Ordnung und Sicherheit. Ja, ich bin dafür, den Zustrom zu begrenzen, bekenne mich dazu voll und ganz. Für den Fall – wir sind davon noch weit entfernt –, dass Ordnung und Sicherheit in Gefahr sind, weil der Zustrom an Flüchtlingen größer wird, soll es Sonderbestimmungen geben, welche die österreichische Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates verordnen darf.

Ein ganz entscheidender und wichtiger Termin war für mich der Asylgipfel im Jänner. Alle neun Bundesländer stimmten dem zu, und vor allem die Vertreter der Gemeinden – Städtebund und Gemeindebund – haben sich auf diesen Richtwert geeinigt. Der Richtwert wird heuer etwa 37 500 Menschen betragen, die zuwandern dürfen, im Vorjahr waren es in etwa 90 000. Gesamt gerechnet mit den Folgejahren werden es, gemessen an der österreichischen Gesamtbevölkerung, 2,5 Prozent sein, die in Österreich Heimat finden können und dürfen.

Wir sind damit europaweit positiver Spitzenreiter, und darauf können wir stolz sein. Wir zeigen damit ein großes, warmes Herz, wir zeigen damit, dass Österreich zu einer großen Menschlichkeit bereit ist – viel mehr als alle anderen europäischen Länder. Kritik vom Ausland ist deshalb völlig unangebracht, eigentlich gebührt uns Lob und Anerkennung. *(Beifall bei der SPÖ und bei Bundesräten der ÖVP.)*

Die Zustimmung von Städtebund und Gemeindebund war für mich besonders wichtig: Letztlich sind es die Kommunen, die Gemeinden, die für Unterkünfte sorgen, die für Integration sorgen, die auch Deutschkurse anbieten, die die Bevölkerung informieren und einbinden, sodass es die heimische Bevölkerung der Inländer positiv aufnimmt und ein Miteinander auch möglich ist. Diese gute Stimmung darf nicht kippen, und wir dürfen die Bevölkerung auch nicht überfordern. Das sind wir auch den Zuwanderern, den Asylwerbern, die schon da sind, schuldig.

Schaffen wir es heuer nicht, die EM zu gewinnen: Wir werden trotzdem Europameister sein und wir sind es jetzt schon, was das Helfen betrifft. Im Erste-Hilfe-Kurs lernen wir schon: Helfen beginnt mit Selbstschutz und Eigenschutz! Wenn heute ein paar Kollegen und Kolleginnen aus unserer Fraktion diesem Gesetz nicht zustimmen können, so sehe ich das mit großem Verständnis. Wenn wir gleichermaßen Kritik von grüner und von blauer Seite bekommen, weiß ich, dass der rot-weiß-rote Mittelweg ein guter ist. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Ich werde diesem Gesetz mit gutem Gewissen zustimmen, weil ich sehe, dass darin hohe Verantwortung und große Menschlichkeit vereint sind. – Danke. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

14.33

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Als Nächster ist Herr Bundesrat Samt aus der Steiermark, aus Graz-Umgebung zu Wort gemeldet. – Bitte.